

Die Gewerkschaft

**Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16
Wustfahner Straße 15 (Redakteur E. Dittmer)
Stempelnummer: Amt Moritzplatz 3105/06

**Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!**

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post
(einschließlich Bestellgeld) 30 Mf.

Für den Hausbaufonds unseres Verbandes.

Für alle leben im Zeitalter der Wohnungsnot! Die überaus schwierigen Bauverhältnisse zeigen das nicht nur in fast jeder einzelnen Familie, sondern auch in der gesamten Verbandsfamilie, wenn man so sagen kann. Unser Verbandsvorstand ist vor einigen Jahren von der Winterfeldtstraße im Berliner Westen nach der Wustfahner Straße (im Südosten Berlins) herübergezogen. Dadurch gelang es uns, eine

dorthin unser Bureau zu verlegen. Dieses Projekt war aber sehr bald überholt durch die Tatsache, daß es ein Mietshaus war und die Mieter nicht gezwungen werden konnten, das Haus zu räumen. Das Haus ist also (und zwar mit einigem Gewinn) vor einigen Monaten wieder verkauft worden.

Es galt nun, ein neues Haus zu finden, und nach monatelangem, zum Teil vergeblichem Bemühen ist es uns jetzt gelungen! Aber zum Häufertausen gehört in heutiger Zeit Geld, sehr viel Geld. Es handelt sich natürlich um ein

Millionenobjekt. Um diese 4 bis 5 Millionen, die wir für unser eigenes Verbandshaus benötigen, wollen wir nun unsere Mitglieder angehen. Alle vorbereitenden Schritte sind eingeleitet, und wenn alles gut geht, werden wir bereits am 1. Januar 1923 das neue Haus beziehen können. Natürlich muß das Haus für unsere Zwecke entsprechend umgestaltet und eingerichtet werden. Was das heute kostet, kann sich jeder selbst leicht ausmalen.

Wir halten es aber nicht für angängig, den Hauskauf nebst Umzug und Ausbau aus dem laufenden Mitteln des Verbandes vorzunehmen und es ist bereits auf dem Magdeburger Verbandstag angekündigt worden, daß wir besondere Hausbaufondsmarken herausgeben werden. Wir halten das auch um deswillen für erforderlich, weil in jetziger Zeit in den verschiedenen Bezirken es fortgesetzt auf des

Einigung.

Fünf Jahre lang Feinde! Alle Gewerken,
Arbeiter, Proletarier auf beiden Flanken!
Tote lagen an. Blut wurde vergossen,
und waren doch Brüder aus einem Gedanken,
Cyber aus einem Zwang, Sucher nach einem Ziel,
schmerzte doch jedem die Hand, wenn er den anderen schlug,
weinte doch allen das Herz, wenn einer der Beiden fiel. —
Es rinnen die Zeiten, jetzt ist es genug!

Ein bitteres Lied, das die Vergangenheit singt:
Was fragt die Geschichte nach euren Rechten,
wenn ihr, die ihr nach der Erlösung ringt,
nicht einig seid im großen Gesichte;
was hilft es, seid ihr auch lähn und beherzt,
wenn ihr wegen dieser und jener Parole
die unwiederbringliche Stunde verströzt —
damit sich der Feind an der Zwietschacht erhole . . .

Doch ein Ende der Mühsal! Vorbei ist vergangen.
Das Volk ist in Not! Millionen verzagen
und harren der Zukunft mit Fängen und Bangen —
um ihrretwillen: ihr müßt euch vertragen!

Die Kinder, die Alten . . . o Elend der Zeiten,
sie hungern, sie leiden, wie viele versinken . . .
Nun rebet nicht mehr von der Rechten, der Linken,
das Volk wird nicht satt vom Reden und Streiken.
Greift in die Räder! Geht in die Flammen!
Denkt an die Frauen! Denkt an die Kinder!
Schulter an Schulter — die Hände zusammen!
Die Zeit braucht Männer und Rotüberwinder!

Kurt Hiller.

Messers Schneide steht, ob 10. bis 20 000 Kollegen durch die Not der Zeit in den Streit getrieben werden, um bessere Lohnverhältnisse zu erzielen. Die Hauptkasse muß also unter allen Umständen so gerüstet sein mit flüssigen Geldreserven, daß sie diesen Kämpfen die nötige finanzielle Unterlage geben kann.

Wir würden es daher für eine Einschränkung unserer gesamten Kampfkraft ansehen müssen, wenn wir einen so erheblichen Teil unseres Vermögensbestandes (bekanntlich insgesamt 25 Millionen Mark) festlegen würden und dadurch unter Umständen die Kampfkraft unseres Verbandes geschwächt wäre. Hiergegen muß Vorbehalte getroffen werden, und aus diesem Grunde hat der Verbandsvorstand beschlossen, einen Appell

Es wird es allen unseren Mitgliedern verständlich sein, wenn wir mit unseren Räumlichkeiten in eine große Not geraten sind. Alle unsere Bemühungen, eine weitere Ausdehnung im Hause Wustfahner Straße 15 zu ermöglichen, waren vergeblich.

Es ist ja bekannt, daß wir seinerzeit in Steglitz, einem Vorort Berlins, ein Haus gekauft hatten, um

an die Mitglieder zu richten und eine besondere Hausbau-
 fondsliste herauszugeben. Die Hausbaufondsliste
 erscheint in den nächsten Wochen und soll in Höhe von 5 und
 10 Mk. herausgegeben werden, und zwar ist es so gedacht, daß
 jedes weibliche Mitglied 20 Mk.,
 jedes männliche Mitglied 30 "

Für den Hausbaufonds zu zahlen hat, die man gewissermaßen
 als Bausteine unseres Verbandshauses be-
 trachten könnte.

Wir wissen sehr wohl, daß im allgemeinen unsere Kollegen
 für sogenannte Extrabeiträge nicht viel übrig haben, und wir
 teilen diese Auffassung. Es ist aber zu bedenken, daß in diesem
 Falle ein anderer Ausweg kaum gegeben war und es sich nicht
 um fortlaufende Extrabeiträge handelt, sondern um das drei-
 oder viermalige Entrichten eines Beitrags von 10 resp. 5 Mk.,
 und so glauben wir, die Opferwilligkeit unserer Mitglieder
 dabei in Anspruch nehmen zu können.

Es darf daran erinnert werden, daß das Leipziger Volks-
 haus mit Hilfe der gesamten deutschen Arbeiterschaft wieder-
 aufgebaut werden konnte, und diejenigen, die aus Anlaß des
 Leipziger Gewerkschaftskongresses Gelegenheit hatten, den
 imposanten neuerstandenen Bau zu bewundern, werden zu-
 geben, daß das Volkshaus zum Stolz der Leipziger Arbeiter-
 schaft geworden ist und daß die Inschrift „Trotz alledem“ zu
 Recht besteht.

Wir sind nicht in der Lage, einen solchen imposanten
 Neubau vorzunehmen, da dieser gegenwärtig unbegrenzte
 Millionen verschlingen würde. Wir sind aber in der Lage, das
 von uns vorgeschlagene Projekt — ein sehr solider, würdiger
 Fassadenbau — so zu gestalten, daß damit einmal vorerst
 unserer leidigen Raumnöte abgeholfen wird, zum anderen auch
 unser Verbandsganzes ein würdiges Heim in seiner Zentrale
 besitzt.

Darum möchten wir alle unsere Kolleginnen und Kollegen
 ersuchen, wenn in den nächsten Wochen die Hausbaufonds-
 markten den Filialen zugestellt werden, nicht zu zögern, das
 Opfer auf sich zu nehmen und den Hausbaufonds auf die an-
 gedachte Weise anzufüllen, damit die Kampfkraft
 unserer Organisation bestehen bleibt und wir
 dennoch es ermöglichen, uns ein geräumiges Heim zu schaffen.

**Sind Kontrollausschüsse oder Betriebsräte-
 kongresse geeignet, den Wucher einzudämmen?**

Die SPD. ist bei der Bekämpfung des Wuchers bekanntlich dazu
 übergegangen, Kontrollausschüsse einzusetzen; dabei hat sie sich, ins-
 besondere in Hamburg, der Betriebsräte bedient. Welche „Erfolge“
 mit diesem Experiment erzielt wurden und welche Stellung wir zu
 diesen Kontrollausschüssen einnehmen, haben wir bereits in Nr. 37
 der „Gewerkschaft“ dargelegt. Da ist es nun interessant, daß auch
 die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, das Berliner Organ der
 SPD., die Kontrollausschüsse verurteilt. In einem längeren Artikel
 in ihrer Nr. 66 beschäftigt sie sich eingehend mit dieser Frage, wobei
 sie in ausgiebiger Weise die SPD. und ihr Zentralorgan unter reich-
 licher Anwendung von Zitaten aus der „Roten Fahne“ verspottet.
 So lesen wir u. a. darin folgendes:

„Das es die höchste Eisenbahn war, die Schwierigkeiten abzuwenden,
 beweist die „Rote Fahne“, indem sie schreibt:
 „Die Aktion des Hamburger Kontrollausschusses setzte in einer
 ungeheuer gefährlichen Situation ein und hat die Hamburger
 Arbeiterschaft über die akute Krise hinweggeholfen. Es war ein
 mutiger Schritt, aus dem die gesamte Arbeiterschaft die Lehre ziehen
 muß, daß es gilt, in einheitlicher geschlossener Kampffront gegen die
 Bourgeoisie vorzugehen.“

Die Massen, die auf diesen Klumpfuß hereinfallen, kann man wohl
 auch beschreiben, daß der Kontrollausschuss sie über die „akute Krise
 hinweggeholfen“ hat. Allein das Kapital wurde aber die akute
 Krise hinweggeholfen. — Wie segensreich der Kontrollausschuss wirkte,
 illustriert die „Rote Fahne“ weiter so:

„Unter der Kontrolle der Arbeiterschaft vollzog sich der Verkauf
 zu den Höchstpreisen reibungslos bis zur Erschöpfung der Vorräte.
 Damit setzte die Sabotage der Bourgeoisie ein. Die Hamburger Kauf-
 leute wickelten sich, trotzdem sie das Abkommen unterzeichnet hatten,
 rechtzeitig für neue Ware zu sorgen, so daß zurzeit in Hamburg die
 Wäden ausverkauft sind.“

Und heute geht es in Hamburg zu Ende zu jener Zeit, als Hamburg
 unter dem Eisbienenfresser seine herrlichen Siege erfocht und die
 zur Zeit des Hindenburgprogramms mit Rossen und Säulen
 und drohend auf dem Bande die Preise in die Höhe trieben und die
 Stadt für unterirdische Schieberware jeden Preis zahlte, um nur
 zu verhungern. Es mußten schon ausgewachte Betrüger gewesen
 die den Proletariern vorredeten, daß man auf diese Weise heute
 Preise herabsiegen könne. Ueber so viel Dummheit werden die
 bormer Krämer und Kapitalisten sich sicher ins Häufchen gelacht ha-
 weil sie den Zeitpunkt sahen, an dem der Kontrollausschuss ein-
 macht, wie jene betrübten Lohgerber, denen die Felle weggeschoren
 waren. Man ermesse die Größe der Dummheit: Am 2. September
 der Margarine-Steinverkaufspreis — um nur ein Beispiel heranzu-
 greifen — auf 140 Mk. festgesetzt. Am 2. September notierte die
 margarine für den Großhändler ab Fabrik 180 Mk. Einige Tage
 wurde der Preis noch erhöht. Man muß schon sehr dumm oder
 großer Betrüger sein, den Massen vorzureden, daß eine Ware, die
 Großhandel 180 Mk. kostet, für 140 Mk. verkauft werden kann.
 Verhält sich die Sache? Wie mußte die Ware verkauft werden? Wie
 wir ein Beispiel: Eine Ware kostet 100 Mk. Profit und Handels-
 unkosten werden auf 40 Mk. festgesetzt. Verkaufspreis: 140 Mk.
 entwertet sich das Geld so, daß 210 Mk. nur noch soviel Wert haben
 zu der Zeit, als die Ware eingekauft wurde, 100 Mk. Folglich muß
 Ware mit 280 Mk. verkauft werden. Ober, falls eine Ware aus
 welchen Gründen nicht so viel stieg als sich die Zahlungsmittel im
 des wirtschaftlichen Zusammenbruchs entwerteten: Der Kaufmann
 — ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis — aus der Ware sozial ist
 daß er das gleiche Quantum neue Ware dafür kaufen kann und
 seinen Profit und Handlungsunkosten. Wer das nicht begreift, ist
 Dummkopf. Wer den Proletariern etwas anderes vorredet, ist
 Betrüger. Ein anderes Mittel wäre einleuchtender: Daß die Preise
 es ebenso machten wie die Krämer und Kapitalisten, d. h., daß sie
 ihre Ware Arbeitskraft, wenn die „Valuta“ um die Hälfte gesunken
 das Doppelte verlangen. Das machen nun die Proletariere zwar
 vier Jahren unentwegt. Sie bekommen heute 60- bis 70mal so
 Lohn als in der Vorkriegszeit, während die Lebenshaltungskosten
 das 200- bis 300fache gestiegen sind. Das dürfte Beweis dafür
 daß es nicht möglich ist. Man kann also nicht die „Teuerung“ be-
 ohne an die Ursachen zu tippen. Die Ursachen des Wuchers sind
 Betrug (auch des Betruges der Parolenkommandeure zur Zeit
 von Kontrollkommissionen) ist der Kapitalismus. Durch Bewußt-
 des Kapitalismus verschwinden Teuerung, Wucher und Ver-
 fabrikanten.

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ kommt schließlich
 folgendem Schluß:
 Ueber die Proletariere, die diesen Leuten, diesen Parolenkometen
 immer wieder ins Garn laufen, muß man sich aber mehr wundern,
 über jene Rabanquaspieler, deren Ergehen mit der des Kapitalismus
 dem Spiel steht. Zehntausendmal schon sind die Proletariere hinweg-
 und immer wieder gehen sie auf den Leim. Jene Leute sind im Kern
 werfen so stink wie eine tibetanische Predschleuder. Daß „Bolshewisten“
 nicht mehr nützen“ gesehen sie nun ein, erfinden aber Vordem, die
 viel dämmer sind. Und das sind noch nicht die letzten. Sie werden
 aufhören, wenn den Proletariern der Betrug bewußt wird, wenn
 die Ursachen aller dieser Schiebereten, den Kapitalismus, beseitigen.

In ihrer Nr. 66 bringt die „Kommunistische Arbeiterzeitung“
 einen Artikel „Gewerkschaften und Kapital“, worin, was bei
 Blatt nicht wundernimm, die Gewerkschaften zum schuldigen
 Male für alle Schlichtigkeiten der Welt verantwortlich gemacht
 werden. Aber auch die Kontrollausschüsse erhalten noch
 folgende Abfuhr:
 „Jedoch mit aller Schärfe muß dem von der famosen SPD. pro-
 gleren Bildsinn, daß sich das Proletariat durch irgendwelche
 von „Kontrollausschüssen“ retten könne, entgegengetreten werden.
 jener Unfinn, daß die Arbeiterklasse die Preise regulieren könne,
 von Grund auf durch seine Revolution die Herrschaft an sich zu
 und die Profitwirtschaft zur Bedarfswirtschaft umzugestalten, in
 von neuem Betörung anzichten muß, weil sich diese Experimente
 als Unsinn erweisen.“

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ ist gewiß konstant
 wenn sie das Heil der Welt von der Beseitigung des Kapitalismus
 erwartet. Auch wir wollen das. Da aber die Bedarfswirtschaft
 heute auf morgen nicht durchzuführen ist, muß versucht werden,
 Sache unmittelbar beizukommen. Und da halten wir doch die
 sührung der von den Spitzen der Gewerkschaften aufgestellten
 rungen (siehe „Gewerkschaft“ Nr. 35) für das Näherliegende.
 verkennen wir nicht, daß die Kontrollausschüsse eine gewisse
 richtigung haben. Wir haben deshalb schon in Nr. 66 der „Gewerkschaft“
 gesagt:

„Solange wir eine kapitalistische Wirtschaft haben, wird
 Eingreifen an einzelnen Stellen für die Arbeiterschaft ein
 nur größere Schwierigkeiten auslösen. Es muß ganz allgemein
 durch Gesetz und Verordnung, durch Überwachung und
 ges Eingreifen der Konsumentenvertreter Wandel gebracht
 werden. Es wird ferner notwendig sein, daß die
 Arbeiterschaft, am besten durch die Oris-

schle des DDB, selbst Kommissionen beauftragt, die Kontrolle des Handels sowie der Preisprüfungsstellen im besonderen vorzunehmen.

Wozu bedarf es aber nicht erst der Einberufung eines Beiratskongresses, wie es die SPD. jetzt wieder nach einer neuen Initiative dazu behalten. Notwendig ist aber, daß die Initiatoren die Kommunisten beider Richtungen ihr sinnvolles Schwergewicht auf die Gewerkschaften einstellen und dafür mit uns Hand arbeiten sie durchaus ihre sonstigen Grundzüge und Forderungen nicht aufgeben. Die jetzige Schimpfstatt ist nicht dem Nutzen der Arbeiterklasse, sondern sie läßt die Kraft der Klassenbewußten Arbeiterkraft, zur Freude der Regierung, der gelben, christlichen und kirchlich-Dunckerischen Gewerkschaften.

Gas, Wasser, Elektrizität

„Umsorganisation der Gasbetriebe“. Unter diesem Titel erschien Nr. 35 1922 unserer „Gewerkschaft“ eine Besprechung des ersten Sonderausschusses für soziale und wissenschaftliche Betriebsfragen. Hierzu übersendet uns der Betriebssekretär des Metallarbeiter-Verbandes H. Kempen, Hamburg, die Zeitschrift, die unseren Kollegen einige Aufklärungen über die Arbeit des „Sonderausschusses“ bieten sollen. Als Deputierter der Gewerkschaft für das Beleuchtungswesen Hamburgs wurde Genosse Kempen in den genannten „Sonderausschuß“ gewählt, er hatte dabei die Aufgabe, bei den Arbeiten mitzuwirken, über die der Bericht enthält. Die Zeitschrift lautet u. a.:

„Ausgehend von der Erkenntnis, daß das deutsche Wirtschaftswesen nicht wieder aufgebaut werden muß, trat der „Sonderausschuß“ zusammen. Er war sich darüber im Klaren, daß in der deutschen Gesamtwirtschaft im allgemeinen wie auch in den Gaswerken im besonderen zu einer Umorganisation notwendig sein würde, die auf wissenschaftlichen Grundlagen ruhend, eine Steigerung der Produktion und damit eine Herabsetzung der Produktionskosten gewährleisten. Einmalig ist es bei diesen zum Ausdruck kam, herrschte bei allen Ausschüßmitgliedern darüber, daß die Umsorganisation nicht gemein haben mit den üblichen amerikanischen Methoden, die das Taylor-Prinzip bei den Arbeitern mit Recht so verachtet gemacht haben. Der Ausschuß wagt es, jeden Betrieb in seinen besonderen Einzelheiten zu erforschen und jedem Menschen nach seinen Eigenschaften menschlich zu begegnen. Demzufolge wurde, um diesem Ziele näherzukommen, eine Kommission geschaffen, die es ermöglicht, alle Arbeitsvorgänge zu untersuchen und wissenschaftlich auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit hin zu untersuchen. — Diese Untersuchungen und genauen Prüfungen in den einzelnen Betrieben zeigen, daß das Personal zum Teil überflüssig ist, zum Teil seine beste Kraft zu vollkommen unnützigen oder nebenbei Arbeiten, die vernachlässigt werden können, verwendet. Mit dem Vorteil ergibt sich aus den Untersuchungen die Möglichkeit, die vom Grundlag. jeden Mann an die richtige Stelle, den einzelnen Arbeiter entsprechend seiner persönlichen Eignung zu beschäftigen. Hierin besteht die soziale Aufgabe der sozialer Faktor; es soll niemand überfordert, die körperliche Leistungsfähigkeit gesundheitlich beeinträchtigt (sich hier auch an Chemiker) und die Beanspruchung des Arbeiters nicht übermäßig werden. — Ganz bedeutende Vorteile in Bezug auf die Herabsetzung der Produktionskosten liegen in dem systematischen und in der Handarbeit. Hier liegt der Aufgabenkreis nicht nur der Technik und den ihr unterstellten Organen. Jeder im Gewerkschaftsbereich tätige Funktionär weiß wie in unzähligen Fällen die Produktion gesichert und verteuert wird durch ungewollte Maßnahmen von Beamten, wo angefangene Arbeit unterbrochen werden muß, wo jeder Arbeitsgänger nach seinem eigenen Raps arbeitet und was für Dinge mehr sind. — Die Ausschaltung dieser nach dem Prinzip der Arbeitssystemen üblichen Vorkommnisse, wie die Kontrolle der Arbeitsleistungen, die, wie grundsätzlich betont wird, keine Aufgaben des Arbeiters in sich bergen dürfte, bedingten eine wesentliche Herabsetzung an Material wie an unproduktiven Löhnen. — Weiter dürfte es von Interesse sein darauf hinzuweisen, daß die Gaswerke, die die Umsorganisation der Betriebe vorgenommen haben oder in ihr begriffen sind, sich zu den ersten und zu ersten Gasparnissen zur Hälfte ihrer Betriebskosten über die tariflichen Löhne hinaus zulassen lassen wollen. Die den Mangel der Bestellung wird sich natürlich vermeiden lassen; hier ist es Aufgabe der Betriebsräte sein müssen, in gemeinsamer Tätigkeit mit der Betriebsleitung den richtigen Weg zu finden. — Als Beweis hierfür sei erwähnt, daß durch eine Umsorganisation auf betriebswirtschaftliche Weise die Möglichkeit gegeben ist, infolge der Verbilligung der Betriebskosten eine Verbilligung des Gases vorzunehmen, ein Vorteil, der in sozialer Hinsicht für die Allgemeinheit nicht zu unterschätzen ist. — Ich glaube ich also sagen zu dürfen, daß die Umsorganisation der Gasbetriebe im volkswirtschaftlichen Interesse der Allgemeinheit liegt. Wir werden erfahren es durch die Arbeitgebersektionen immer mehr, daß nach Meinung der Unternehmerkreise die Not der deutschen Wirtschaft nur durch Befestigung des Wirtschaftslages hoben werden

kann. Dieser Gedanke ist für die Arbeiterklasse unmissbar. Wir müssen unsererseits vielmehr fordern, daß die Produktion auf andere Art und Weise gehoben und billiger gehalten werden muß. Ein Mittel dazu ist die wissenschaftliche Betriebsführung und Produktionsmethode. Wenn diese in den Gaswerken zur Durchführung gelangt ohne Ueberanstrengung oder gar Ausbeutung des Arbeiters, dann sollten wir innerhalb der freien Gewerkschaften kein Mittel unversucht lassen, unseren Gewerkschaftskollegen die Notwendigkeit einer Umorganisation in oben bezeichnetem Sinne vor Augen zu führen. Die Betriebsräte der einzelnen Werke können, wenn sie ihren Posten so vertreten, wie es das Interesse der Arbeiterklasse bedingt, in gemeinsamer Tätigkeit mit den Betriebsleitungen dafür Sorge tragen, daß das neue System nur zum Nutzen der Belegschaft wie der Allgemeinheit ausfällt.

Beamte, Reichs- und Staatsarbeiter

Neuregelung der Reichsarbeitelöhne und Beamtengehälter. Am 21. September, nachmittags 2 Uhr, begannen im Reichsfinanzministerium unter Leitung des Ministerialdirektors Schlieben die Verhandlungen über die zweite Teuerungssaktion für den Monat September. Die Verhandlungskommission forderte zunächst eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe, die aber regierungsseitig grundsätzlich abgelehnt wurde. Der Verhandlungsleiter gab einleitend bekannt, daß es sich auch bei diesen Verhandlungen nur darum handeln könne, eine prozentuale Erhöhung des allgemeinen Teuerungszuschlages für die Beamten herbeizuführen, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Arbeiterlöhne. Gegen diesen Regierungsstandpunkt wandten sich mit aller Energie die Vertreter sämtlicher Spitzenorganisationen, ausgenommen der „Bund höherer Beamten“. Nachdem aber jede Aussicht auf Erlangung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe hinfällig geworden war, verlangte die Verhandlungskommission eine Stundenlohnerhöhung von 30 M. für den Elftagmann. Abweichend von diesem Antrag bleibt der Deutsche Gewerkschaftsbund (christliche Richtung) auf der Forderung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe bestehen, und beteiligte sich an den weiteren Verhandlungen überhaupt nicht mehr, sondern blieb lediglich als stummer Zuschauer im Saale sitzen. Ein Vorgang, der natürlich nicht ohne Einfluß auf den Gang der Verhandlungen blieb, denn ein solches Verhalten schwächt die Kampfsposition der Arbeitnehmervertreter. Was sich die christlichen Organisationsvertreter dann im Laufe der Verhandlungen noch besonders leisteten, ist ein solch unerhörtes Vorgehen, daß er glücklicherweise bis jetzt in der deutschen Arbeiterbewegung ziemlich einzig dastehen dürfte, aber wert ist, auch an dieser Stelle mit aller Schärfe gebrandmarkt zu werden. Die Regierung machte auf unsere Forderungen auf 30 M. Stundenlohnerhöhung ein Angebot von 15 M. und verlangte von der Verhandlungskommission nunmehr ihrcreits einen neuen Vorschlag zu machen. In einer Sonder Sitzung der Verhandlungskommission wurde zum Ausdruck gebracht, die Forderung von 30 M. entl. auf 25 M. zu ermäßigen, aber ausdrücklich beschloffen, zunächst auf der alten Grundlage die Verhandlungen weiterzuführen, und erst unter bestimmten Voraussetzungen hatte der Verhandlungsleiter die Ermächtigung, den Vorschlag von 25 M. zu unterbreiten. Obwohl die Christlichen keinerlei Auftrag hatten und so sich seit Stunden an den Verhandlungen überhaupt nicht mehr beteiligten, hat nach ihrer Wiederaufnahme ein Vertreter dieser Organisation über den Tisch hinweg einem Oberregierungsrat mitgeteilt, daß die Organisationen bereit wären, auf 25 M. zurückzugehen. Der betreffende Herr hat die Mitteilung sofort an das Präsidium weitergegeben. Damit ist eine Angelegenheit, die zunächst nur für die Arbeitnehmervertreter bestimmt war, zur Kenntnis des Arbeitgebers gelangt. Wie die Beteiligten, außer den Christen, über ein derartiges Verhalten seitens eines Arbeitnehmervertreters dachten, wurde in einer offiziell abgehaltenen Sitzung mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht. Es ist leider nicht das erstemal, daß wir bei den Reichslohnverhandlungen ein Zusammenwirken zwischen Christen und Regierungsvertretern haben feststellen müssen. Wenn wir bis jetzt geschwiegen haben, der Öffentlichkeit Kenntnis von diesen Dingen zu geben, so lediglich aus dem Grunde, um die Einheitsfront bei den Verhandlungen nicht zu stören. Nachdem sich aber in der letzten Sitzung ein derart skandalöser Fall abgespielt hat, ist es unbedingt nötig, daß unsere Kollegen drauhen von dem Laibstand unterrichtet werden, um überall da, wo sie Gelegenheit haben, das arbeiterschädigende Treiben der Christen festzunageln zu können. Wenn trotzdem das Verhandlungsergebnis unseren Kollegen eine Stundenlohnerhöhung ab 1. September wie folgt brachte:

Table with 3 main columns: Männliche Kräfte, Weibliche Kräfte, and Lohngruppe. Sub-columns include I, II, III, IV, V, VI, VII for both male and female groups. Rows include Ethn. Lohn, Zuschlag, and Neuer Lohn.

so ist es in erster Linie das Verdienst der dem DDB. angeschlossenen Organisationen und diesmal auch in ganz hervorragendem Maße

der Vertreter des AD. Der letzteren ganz besonders deswegen, weil es ihrem Einfluß zu danken ist, daß diesmal der Kopfschlag auf die Beamtengehälter von 5500 Mk. auf 10 000 Mk. erhöht wurde. Wenn dieses Ergebnis auch nicht voll und ganz den Wünschen der Verhandlungskommission entsprach, so ist der Erfolg doch um so höher einzuschätzen, weil die Regierungsvertreter gerade in dieser Frage bis zum letzten Augenblick nicht das geringste Entgegenkommen zeigten. Wenn man ferner bedenkt, daß im Laufe der nächsten Woche in eine Revision der Grundgehälter und Ortszuschläge der Beamten eingetreten werden soll, so darf wohl gesagt werden, daß in dieser Beziehung getan wurde, was irgendwie unter den obwaltenden Umständen möglich war. Für die Beamten erlaubt sich nun nach der neuen Regelung, auf die in Nummer 21 der „Gewerkschaft“ zum Abdruck gebrachten Schaltsätze, Ortszuschläge und Kinderzulagen ein prozentualer Teuerungszuschlag von 677 Prozent, das sind 240 Prozent mehr gegenüber seither. Dazu eine Erhöhung des Kopfschlages von 5500 auf 10 000 Mk. Alles in allem genommen, kann nur gesagt werden, daß die diesmalige Bewegung im Gegensatz zu der vorhergehenden unsere Kollegen einigermaßen befriedigen dürfte. Daß die Sache den Verhandlern nicht leicht gemacht wurde, geht am besten daraus hervor, daß die Verhandlungen vom Donnerstag nachmittag 2 Uhr die ganze Nacht hindurch bis Freitag morgen 3 Uhr mit einer nur einstündigen Unterbrechung durchgeführt wurden. Aufgabe unserer Funktionäre und eines jeden einzelnen Kollegen wird es sein müssen, an Hand dieses Verhandlungsergebnisses den letzten Reichs- und Staatsarbeiter für unsere Organisation zu gewinnen. Daß solche draußen noch vorhanden sind, haben in letzter Zeit wiederholt an uns ergangene Schreiben zur Genüge gezeigt.

Berlin. (Aus dem Reiche der Schupo.) Hält es schon schwer, das in Lohn beschäftigte Personal für uns zu gewinnen, so ist es noch schwieriger, das gewerkschaftlich organisierte Personal zu halten, da die Kollegen häufig unter der Willkür schneidiger Vorgesetzten zu leiden haben. Ist nun ein organisierter Kollege zu allem Unglück auch noch Mitglied des Betriebsrates oder gar dessen Vorsitzender, dann müßte nach Auffassung dieser Herren schon der Grund zu einer fristlosen Entlassung gegeben sein. Die Befreiung von einem solchen „Uebel“ wird natürlich mit allen Mitteln versucht. So wurde kürzlich bei einer Abteilung in einem westlichen Vorort Berlins versucht, den Betriebsratsvorsitzenden nach einer anderen, örtlich weiter gelegenen Abteilung zu versetzen. Der Kollege weigerte sich, mit Berufung auf § 96 des BRG, der Aufforderung auf Versetzung nachzukommen, zumal in diesem Fall der Betriebsrat vollständig ignoriert wurde. Nun glaubte man den Grund, den man geltend hatte, in seiner Weigerung gefunden zu haben und kündigte dem Kollegen. Nur der starke Rückhalt der gewerkschaftlichen Organisation verhalf ihm wieder zu seinem Recht. Aber nicht nur das Betriebsratsgesetz, sondern auch die Tarifverträge erfreuen sich der besonderen „Wertschätzung“. Bekanntlich wird den Schupo-Beamten monatlich von ihrem Gehalt ein bestimmter Betrag einbehalten für Vorkasse, der dem Menagesonds überwiesen wird. Der Betrag ist natürlich so bemessen, daß davon die Kosten bei weitem nicht gedeckt werden können und infolgedessen die Staatskasse tüchtig mitbesteuern muß. Aus dem Menagesonds wird natürlich alles bestritten, was mit der Küche irgendwie im Zusammenhang steht. Also auch die Löhne des nichtkamteten Küchenpersonals. Hier glaubten nun

einige besonders weise Herren den ganzen Tarifvertrag auszuhebeln zu können und regelten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf einen Kauf. Wiederholt wurde durch örtliche Verhandlungen versucht, diesen Leuten das unverantwortliche ihres Verhaltens begreiflich zu machen, aber immer mit negativem Erfolg. Erst durch Verhandlungen bei den vorgeordneten Verwaltungsstellen konnte durch ministerielle Verfügung an alle Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, den Berliner Polizeipräsidenten usw., der Zustand beseitigt werden. Da diese Verfügung von allgemeinem Interesse ist, geben wir sie nachstehend im Wortlaut wieder:

Befehl des R. d. R. vom 14. 8. 1922 — S. 11 148. betr. **Küchenpersonal bei der Schupo.**

Nachdem gem. meinen Erlassen v. 8. 2. 1922 — S. 11 (R. III. S. 162) u. v. 23. 6. 1922 — S. 11 1307 (R. III. S. 644/650) die Küchenmitarbeiter die Kosten für die Verpflegung, die Zivilhilfskräfte in den Küchen selbst aufzubringen haben, sind einigen Dienststellen Zweifel darüber entstanden, ob der Küchenbetrieb als Dienst- oder Privatbetrieb anzusehen ist. Da der Staat die in heutiger Zeit recht erheblichen Kosten für Bau, Heizung, Beleuchtung und Geräte selbst trägt und für die Leitung des Küchenbetriebs erforderlichen Verwaltungsbeamten zur Verfügung stellt, so ist er einen nicht unbedeutenden Teil zu den Verpflegungskosten beizutragen. Staat kann daher nicht auf das Recht verzichten, die Kosten im Küchenbetriebe, die nach wie vor reine Dienstbetriebe sind, auch auf die Zivilhilfskräfte zu übertragen und für die Leitung und die Zivilhilfskräfte sind demnach nach dem Tarifvertrag für Lohnempfänger bei den preussischen Verwaltungsbehörden (Betriebsarbeiter) v. 3. 12. 1921 abzulinden. Vorliegende Anträge finden durch ihre Erledigung; Sonderbeschilde ergeben nicht.

• **Aus unserer Bewegung** •

Berlin. 13. Lohn- und Gehaltstarif für Gemeinbedienstete. Endgültige Septemberlöhne.

	Männliche		Weibliche		
	1. Jahr	2. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	
Ungelehrte:	18-21 Jahre	62,00	62,20	44,75	45,10
	21-24	70,35	70,80	50,50	50,80
	über 24	78,25	73,75	52,00	53,00
Angelernte:	18-21	63,55	63,95	45,65	46,00
	21-24	71,80	72,25	51,90	52,30
	über 24	74,75	75,25	53,70	54,20
Sandwerker:	18-21	66,00	67,00	47,85	48,20
	21-24	75,20	75,65	54,00	54,40
	über 24	78,40	78,80	56,25	56,70
Jugendliche	14	25,65	—	18,45	—
Jugendl. Kindererwerbsfähige	15	33,00	—	23,70	—
	16	40,30	—	28,95	—
	17	43,95	—	31,80	—
Mindererwerbsfähige	18-21	49,95	—	36,80	—
	21-24	56,30	—	40,40	—
	über 24	64,80	—	42,10	—

Arbeiterdichtung.

Es geht ein Leuchten durch die Welt
Und matte Augen werden blank,
Und was da elend, fiesch und krank,
Wird stark und baut der Menschheit Welt.
Und was da Menschenantitz trägt
Soll Bruder sein und Schwester sein — — —
Nicht du, nicht ich, ein Herz allein,
Das uns in tiefer Liebe schlägt.

(Bruno Schönlank.)

Die Ueberwindung des Kapitalismus ist die große geschichtliche Aufgabe der modernen Arbeiterschaft. Was 1848 Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ voraus sagten, ist eingetroffen. Schon mit dem Vorhandensein, mit dem Aufkommen des Proletariats begann der Kampf, dessen auf- und niedergehende Entwicklung wir heute rückwärtswärtig klar verfolgen können. Chemals kämpften heldenhaft einzelne. Andere schlossen sich an. Immer größer wurde das Heer der Klassenbewussten. Ueber Siege und Niederlagen führte der Weg bis in unsere Tage, da das Heer der proletarischen Kämpfer ins Riesenhafte gewachsen ist. Heute stehen Vorposten, oft auch schon größere Kampfverbände an allen Gebieten des vielgestaltigen Lebens. Ueberall, wohin wir blicken, sehen wir die Träger unserer Ideen im Kampfe mit kapitalistischer Unkultur. Der ganze Ueberbau des kapitalistischen Wirtschafts kolosses ist ins Wanken geraten.

Mit beispielloser Zähigkeit versuchen die politischen Arbeiterparteien die kapitalistische Wirtschaft an ihren Wurzeln zu fassen.

Die freien Gewerkschaften tun das Ihrige. Im Parlament Reiches, in den Kammern der Länder, in den Kommunen tobt Kampf. Betriebsräte und Vertrauensmänner gehen dem Unrecht zu Leibe. Die sozialistische Presse arbeitet. Flugblätter gehen von Hand zu Hand. Um die Schule wird hart gerungen. Das proletarische Freiheitskern entlarvt die kapitalistische Arbeiterkonsumvereine dringen in die kapitalistische Produktion Schritt für Schritt. Arbeiterturner, -sportler, -sänger und -wandler dienen der neuen Idee, leben das neue Leben. Einen Arbeiterverlag schuf sich das deutsche Proletariat. Arbeiterbildungsvereine organisieren Fort- und Auszubildungslehrgänge. Fast jede große Stadt hat ihre Volkshäuser und neuerdings gründen man zur Bekämpfung des Schundfilms eine Arbeiter-Film-Gesellschaft. Arbeiter-Jugendbewegung wächst vielversprechend; ja, wir sehen heute die höchst überraschenden Ergebnisse dieses besonders freien Teilgebiets unserer Bewegung. In ihr hat auch die Arbeiterdichtung ihre Wurzel und ihre Pflegestätte. Noch bestreitet allerdings von bestimmter Seite, neben der Dichtung von allgemeinen spezifischen Arbeiterdichtung zu reden. Was schiert uns das? Wir fühlen sehr wohl jene Grenze zwischen Dichtung und Arbeiterdichtung. „Arbeiterdichtung“ nannte Max Barthel einen Band seiner Gedichte, bei Eugen Diederichs in Jena erschienen ist. Und ein Stück Arbeiterdichtung ist jede Arbeiterdichtung. Wir fühlen es, hier leben unsere Gedanken, in diesen Rhythmen ist unsere Gefühlswelt zu Hause. Arbeiterdichtung ist ein Stück Arbeiterleben, darum liegt sie uns so nah, darum lieben wir sie. Hier ringen unsere Arbeitsbrüder mit uns um die Geisteswerke der neuen Zeit, hier ringen Arbeiter mit neuen Gedankensformen unseres Lebens. Witten aus der Werkstatt, von

Waisenzulage 1 Mk. pro Stunde, Kinderzulage 3,50 Mk. pro Stunde, Schwerarbeiter und technische Betriebe 10 Pf. pro Stunde, Arbeiter 3 Proz. zu vorstehenden Sätzen.

Ergebnis der Nachtragsverhandlungen.

	Männliche			Weibliche		
	Std.	Woche	Monat	Std.	Woche	Monat
gelernte:						
1. bis 21 Jahre	21,95	1024,80	4440,80	15,06	722,40	3180,40
22 " "	24,30	1166,40	5054,40	17,10	820,80	3556,80
über 24 " "	22,10	1060,80	4596,80	15,50	744,—	3224,—
gelernte:						
1. bis 21 Jahre	21,95	1053,60	4566,60	15,45	741,60	3218,60
22 " "	25,—	1200,—	5200,—	17,65	847,20	3671,20
über 24 " "	22,80	1094,40	4742,40	16,—	768,—	3328,—
Unerfahrene:						
1. bis 21 Jahre	23,05	1106,40	4794,40	16,25	780,—	3380,—
22 " "	26,20	1257,60	5440,60	18,50	888,—	3948,—
über 24 " "	23,90	1147,20	4971,20	16,80	806,40	3494,40

Die Kinderzulage erhöht sich um 1,50 Mk. pro Stunde = 72 Mk. pro Jahr = 312 Mk. je Monat. Die große Tarifkommission hat dem Antrag zugestimmt.

In der Generalversammlung am 19. September 1922 wurde über den Bericht vom Verbandstag. Er schilderte die Tätigkeit als durchaus befriedigend und gab der Hoffnung Ausdruck, daß für die Zukunft eine bessere Verständigung zwischen Gewerkschaft Berlin und der des Reichs zustande kommt, so daß früher auf den Verbandstagen stark bemerkbare Voreingenommenheit gegen die Berliner Kollegenschaft auf ein Minimum zurückgeführt wird. — An der Diskussion beteiligen sich mehrere Kollegen teilweise an den Arbeiten des Verbandstages Kritik. Vom Verbandstag wurde ein Antrag gestellt, die Generalversammlung der Kollegen Heyrich, Schaumburg, Scharlau das Mißtrauen zu verhalten auf dem Verbandstag auszusprechen, da sie dort den Beschluß der Berliner Generalversammlung gestimmt haben. — In der Diskussion beteiligen sich mehrere Kollegen teilweise an den Arbeiten des Verbandstages Kritik. Vom Verbandstag wurde ein Antrag gestellt, die Generalversammlung der Kollegen Heyrich, Schaumburg, Scharlau das Mißtrauen zu verhalten auf dem Verbandstag auszusprechen, da sie dort den Beschluß der Berliner Generalversammlung gestimmt haben. — In der Diskussion beteiligen sich mehrere Kollegen teilweise an den Arbeiten des Verbandstages Kritik. Vom Verbandstag wurde ein Antrag gestellt, die Generalversammlung der Kollegen Heyrich, Schaumburg, Scharlau das Mißtrauen zu verhalten auf dem Verbandstag auszusprechen, da sie dort den Beschluß der Berliner Generalversammlung gestimmt haben.

Das Unterstützungsreglement ist den neuen Beitragsätzen entsprechend erhöht worden. Unter Verbandsangelegenheiten teilt Polenske mit, daß auf Grund der Beschlüsse des Verbandstages die Filiale Berlin einen 1. Bevollmächtigten haben muß und deswegen die Entscheidung notwendig ist, wer von beiden amtierenden Bevollmächtigten der erste sein soll. Von den Verwaltungskörperschaften wird Polenske vorgeschlagen, die Generalversammlung bestmögliche diesen Vorschlag einstimmig. Ein Antrag Schulz verlangt, die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses gutzuheißen und die Betriebsräte zu verpflichten, die Einberufung des Betriebsrätekongresses zu unterstützen. Dieser Antrag hatte eine lebhafteste Diskussion zur Folge, an der sich die Kollegen Schäfer, Schulz, Eimich, Schaum, Gehner und Ziehmann beteiligten. Vom Kollegen Schaum wird ein Antrag eingebracht, den ADGB. aufzufordern, einen Reichsbetriebsrätekongress nach Anhörung des Reichsbeirats in der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale einzuberufen. Der Antrag Schaum wird einstimmig angenommen. Trotdem der Antrag Schulz durch die Annahme des weitergehenden Antrages erledigt war, wurde auch die Abstimmung über diesen Antrag verlangt und beschlossen. Der Antrag Schulz wurde dann, nachdem ein großer Teil der Kollegen der SPD. und USPD. auf Aufhebung einiger Kollegen zum Saalaustritt drängten, gegen eine starke Minderheit ebenfalls angenommen.

Der Lohnvertrag für die städtischen Arbeiter im Bereich des Arbeitgeberverbandes kreisangehöriger Städte. Der Stundenlohn beträgt vom 1. bis 30. September 1922: Für Handwerker 51 Mk., für angelernte Arbeiter 49,50 Mk., für ungelernete Arbeiter 48,50 Mk., für Mindererwerbsfähige 37 Mk., für Frauen, Schwerarbeiterinnen 32 Mk., für sonstige Arbeiterinnen 30 Mk. Zu diesem Lohn tritt eine Beihilfe von wöchentlich 35 Mk. für jedes Kind bis zum 8. vollendeten Schuljahre.

Die Gaukonferenz Rheinpfalz am 17. September in Neustadt a. d. Hardt war von 19 Filialen mit 29 Delegierten besetzt. Die Filiale Waldsee fehlte. Der bisherige Gauvorstand war mit 4 Mitgliedern und dem Gauleiter Maurer vertreten. Dem Bericht des Gauleiters folgte eine rege, sachliche Diskussion. Diejenigen Delegierten, die mit dem Gedanken belastet nach Neustadt kamen, daß ihr Ort steifmütterlich behandelt würde, sind zweifellos mit anderer Ueberzeugung nach Hause gegangen. In den Gauvorstand wurden gewählt die Kollegen: Franz Hummel (Darmstadt), Hugo Schulze (Frankenthal), Eugen Brand (Ludwigshafen) und Bernhard Ableiter (Speyer). Als Ersatzmänner wurden gewählt: Fröh Weibel (Darmstadt), Karl Fach (Frankenthal), Fröh Hoag (Ludwigshafen) und Karl Spindler (Speyer). Die Kassengeschäfte des Gauvorstandes führt Kollege Eugen Brand (Ludwigshafen), Beisitzer 78, Postfachkonto: Städtische Sparkasse Ludwigshafen, Scheckkonto-Nr. 981. In der erweiterten Tarifkommission für das pfälzische Gebiet sind alle Filialen mit je einem Delegierten vertreten; sie wird nur in ganz besonderen Fällen nach Beschluß des Gauvorstandes zusammenberufen. In die engere Tarifkommission für diesen Kreis sind folgende Kollegen gewählt: Schulze (Frankenthal), Unverzagt (Grünstadt), Kempf (Kaiserslautern), Rohhammer (Ludwigshafen), Tourner (Birmensdorf) und Spindler (Speyer); außerdem Kollege Brand (Ludwigshafen) als Mitglied des Gauvorstandes. Die Gaukonferenz hat einen Antrag an-

... vom Geist des Neubaus, neben uns formen die dazu ... ihre Ueberlegungen. Was der Kapitalismus an Hohem und Großem durch die Mechanisierung der Arbeit in uns abgerichtet, schändete — das findet in der Arbeiterdichtung seine Wiedergeburt. Sie weckt es in neuer, schöner Form, läßt es neu und zukunftverheißend. Unsere Arbeiterdichtung ist das Mittel zur Überwindung des kapitalistischen Gefühlslebens. Und darum finde ich es recht verständnisvoll, der Arbeiterdichtung auch in unserer „Gewerkschaft“ fast allwöchentlich Raum zu geben. Auf dem Verbandstag in Magdeburg wurde bei Besprechung der Stelle bitter darüber geklagt, daß viele Kollegen unserer Zeitschriftzeitung kein oder nur geringes Interesse entgegenbrachten. Wer von unseren aktiven Kollegen hätte nicht gleiche Beobachtungen zu belegen. Ungeduld, kostbare Werte gehen so verloren. Wir müssen wir leider, daß viele unserer Kollegen die prachtvollen Worte all der zum Wort gekommenen Arbeiterdichter nicht in sich aufnehmen haben. Aber der Wahrheit zur Ehre: es gibt noch zahlreiche Kollegen, die das Schicksal unserer „Gewerkschaft“ kaum erwarten können, die sich fest und diesem Wesen schon manches Wissen zu verweigern haben. Kollege Dittmer hat ja so recht, wenn er sagt: „Wer den Inhalt einiger unserer Jahrgänge unserer Verbandszeitung im Kopf hat, der weiß etwas.“ Und ich möchte dem hinzusetzen, wer die in der „Gewerkschaft“ erschienenen Arbeiterdichtungen kennt und aufgehoben hat, der ist im Besitz einer heute sehr kostbar und wertvollen Gedichtsammlung. Ich habe mir alle seit 1919 erschienenen „Gewerkschaft“ erschienenen Arbeiterdichtungen ausgeschrieben und sehr sauberlich in ein Heftchen, wie man es vor dem

Kriege für 10 Pfennig kaufte, eingestickt. Auf jeder Seite ist nur eine Dichtung angebracht. Aus der sozialistischen Tagespresse habe ich die Sammlung noch hier und da vervollständigen können, so daß ich heute im Besitz einer sehr seltenen Sammlung von Arbeiterdichtungen bin. Darin finde ich Arbeiten von dem Bauarbeiter Karl Bröger, dem Wiener Arbeiter Alfons Pehold, dem Fabrikarbeiter Max Barthel, dem Kesselschmied Heinrich Verch, dem Tüncher Gerrit Engelke, dem Studenten Ernst Toller, Bruno Schönant, Max Dortu, Kurt Klüber, Arthur Zickler, von der Genossin Großmann-Zickmann, von dem Kollegen Land, von dem jungen Leipziger Georg Keller und vielen anderen. Alle haben sie mir viel zu sagen. Und wenn ich hier und da etwas Zeit finde, dann greife ich zu meinen Arbeiterdichtungen. Manche Feierstunde ist mir so geworden.

Ich weiß bestimmt, daß es viele Kollegen mir gleich tun. Wenn neben diesen aber jene anderen, vor allem die jüngeren unter uns, durch diese Blaudeci auf den Wert der Arbeiterdichtung aufmerksam geworden sein sollten, dann werden die schönen Dichtungen unserer Flammträger nicht umsonst Raum in unserer Verbandszeitung gefunden haben. Und damit wäre viel erreicht. Denn, Kollegen, noch gilt der Ruf von Werner Möller:

So wollen wir Schulter an Schulter stehen
Und für die Menschheit streiten;
Ob Blitze fallen, ob Stürme wehen,
Wir schreiten vorwärts, wir schreiten.
Die Brust gespannt, die Herzen geschwellt,
Und stürm' uns entgegen die feindliche Welt:
Wir schreiten!

D. R.

Landstraßenwärter

In der Versammlung der Straßenwärter der ...

Aus den deutschen Gewerkschaften

Der Deutsche Transportarbeiterverband hielt vom 8. bis 9. Sep- ...

Eine weitere Resolution stellt die Unmöglichkeit Deutschlands, ...

Der Deutsche Eisenbahnerverband hielt vom 11. bis 16. Sep- ...

Was ist eine Gewerkschaft? Der Schlichtungsausschuss Halberstadt ...

Obgleich es bis heute eine allgemein anerkannte, scharf umgrenzte ...

badnerverbandes in Verbindung zu treten, um festzustellen, ob er bereit ist, ...

Der Deutsche Eisenbahnerverband hielt vom 11. bis 16. Sep- ...

Was ist eine Gewerkschaft? Der Schlichtungsausschuss Halberstadt ...

Obgleich es bis heute eine allgemein anerkannte, scharf umgrenzte ...

Obgleich es bis heute eine allgemein anerkannte, scharf umgrenzte ...

Obgleich es bis heute eine allgemein anerkannte, scharf umgrenzte ...

